

### Dringliche Anfrage

Hannover, den 21.02.2022

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### **Hört die Landesregierung Kinder und Jugendliche in der Pandemiepolitik an, und welche Priorität hat das Kindeswohl?**

Wohl keine gesellschaftliche Gruppe leidet unter den Infektionsschutzmaßnahmen so sehr wie die der Kinder und Jugendlichen. Die allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Familien, die Kontakteinschränkungen und die temporäre Nichtverfügbarkeit von Bildungs-, Freizeit und sozialen Angeboten belasten gerade Kinder und Jugendliche in besonderem Maße.

Am 17. Februar 2022 hat der Expertinnen- und Expertenrat der Bundesregierung zu COVID-19 seine siebte Stellungnahme veröffentlicht, die sich mit dem Kindeswohl in der Pandemie beschäftigt. Darin heißt es: „Neben der infektionsbedingten primären Krankheitslast sind die Beeinträchtigungen des seelischen und sozialen Wohlbefindens der Kinder und Jugendlichen einschließlich der substanziellen Verluste in Bildung, Sport und Freizeitgestaltung mit allen kumulativen Langzeitauswirkungen von besonderer Bedeutung. In Deutschland und anderen Ländern werden im Längsschnitt vermehrte psychische Belastungen und psychiatrische Krankheitsbilder wie Depression, Anorexie und Bulimie sowie eine Zunahme von Adipositas berichtet. Auch die exzessive Mediennutzung ist weiter angestiegen. Besonders ausgeprägt sind die beschriebenen Effekte bei Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien infolge von Armut, Bildungsferne, Migrationshintergrund oder fehlenden Sprachkenntnissen.“<sup>1</sup> Der Expertinnen- und Expertenrat empfiehlt, bei „allen Maßnahmen in der Pandemie, die Kinder und Jugendliche betreffen, (...) vorrangig das Kindeswohl zu berücksichtigen“, Interessenvertreterinnen und -vertreter von Kindern und Jugendlichen stärker zu beteiligen und ihre Empfehlungen in Maßnahmen auch auf Landesebene münden zu lassen.

Ende Januar hat eine Initiative von Schülerinnen und Schülern unter dem Titel „#WirWerdenLaut - Schulen in der fünften Welle“ eine Petition gestartet, in der sie an die zuständigen Bundesministerinnen und -minister und Ministerpräsidentinnen und -präsidenten appelliert: „Wir können Ihre aktuelle Politik, die uns alle im Stich lässt, psychisch belastet und körperlich gefährdet, nicht länger mittragen. Wir sind darauf angewiesen, dass Sie endlich Ihrer Verantwortung gerecht werden und auf unsere Forderungen eingehen.“<sup>2</sup> Die Petition wurde innerhalb weniger Tage über 140 000-mal gezeichnet. Unter dem Hashtag #WirWerdenLaut wird in den sozialen Medien dazu diskutiert. Auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie die Virologin Melanie Brinkmann, der Physiker Dirk Brockmann und die Psychologin und Publizistin Marina Weisband unterstützen die Forderungen.

1. Welche zusätzlichen konkreten Maßnahmen - neben dem Offenhalten der öffentlichen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen und dem „Startklar“-Programm - hat die Landesregierung bislang unternommen bzw. wird sie unternehmen, um die psychosozialen, seelischen und körperlichen Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendlichen zu verringern?
2. Welche zusätzlichen konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung für die besonders betroffene Gruppe sozial benachteiligter Kinder und Jugendliche bislang ergriffen bzw. wird sie ergreifen?

<sup>1</sup> <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/2006266/cbaaebf3c847da6c54b5b4e1899ab0d1/2022-02-17-siebte-stellungnahme-expertenrat-data.pdf?download=1>

<sup>2</sup> <https://www.change.org/p/frau-bundesministerin-stark-watzinger-wirwerdenlaut-schulen-in-der-f%C3%BCnften-welle>

3. Wie hat die Landesregierung bislang Kinder und Jugendliche - z. B. Landesschülerrat, Initiative „#WirWerdenLaut - Schulen in der fünften Welle“, Jugendverbände, Jugendparlamente etc. - sowie Kinder- und Jugendexpertinnen und -experten - z. B. Kinder- und Jugendkommission, Pädiaterinnen und Pädiater, Kinder- und Jugendpsychologinnen und -psychologen etc. - konkret in die Pandemiepolitik eingebunden?

Gerald Heere

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 21.02.2022)